

Einzelgenpreise: Die halbjährliche Willkommensgabe oder deren Raum 100.— Mark, Stellen- und Wohnungsangebote, Familiennachrichten, Vereins- und Versammlungsanzeigen 40.— Mark. Kleine Anzeigen per Wort 5.— Mark. — Reklamapreis: Die Willkommensgabe halbjährlich oder deren Raum im Fort 280.— m.

Schlesische

Bezugspreis: Durch Vorkauf Einzelnummer 200 Mt. 1000.— Mt. pro Woche. Durch die Post und Nachzahlung des Differenzbetrages an die Post. Genossenschaft. Redaktionssprechstunde: 5-6 Uhr nachm. Redaktion: Breslau, 110 60. — Fernspr.: Breslau, Ring 8887.

Arbeiter-Zeitung

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands, Bezirk Schlesien (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Nummer 92.

Freitag, den 20. April 1923.

5. Jahrgang.

Aus dem Inhalt:

Western sind zwei Hundertschaften Schupo von Breslau nach Dresden gegen das rote Sachsen abtransportiert worden.

In Mülheim griff die Polizei gegen forsbende Arbeitslose ein. Einige wurden gebietet, mehrere verlehrt. Nach dem WZD kam es daraufhin zur Belegung des Rathauses und zu Barikadentämpfen.

Die bayerische Regierung wagt es nicht, die böhmisches Redakteure Olsch und Weger zu verhaften.

In Oberschlesien werden die Orgeschformationen von den Behörden erneut aufgestellt, angeblich wegen der Polengefahr.

Am 17. April wurde der 12. Parteitag der KPD eröffnet.

Im Breslauer Stadtparlament wurde gestern der erste gelungene Versuch unternommen, die städtischen Betriebe zu sinnestieren.

Statt Brot — blaue Bohnen.

Arbeitslosen Demonstrationen in Mülheim a. Ruhr. Polizei schießt auf Erwerbslose. Zwei Arbeiter getötet, mehrere verwundet.

Mülheim a. Ruhr, 18. April.

Die Erwerbslosen von Oberhausen und Mülheim zogen vor das Rathaus, um der Stadtverwaltung ihre Forderungen zu unterbreiten. Sie wurden von der Polizei zurückgebrängt. Als die Menge Widerstand leistete, machten die Polizeibeamten von der Waffe Gebrauch. Mehrere Erwerbslose wurden verletzt. Zwei Arbeiter wurden laut einer Meldung des „Vorwärts“ getötet.

So steht die „nationale Einheitsfront“ an der Ruhr — die von den Gewerkschaften unterstützt wird, in Wahrheit aus.

Den Arbeitern werden für die Ruhrhilfe Bohnen abgibt. Die Kapitalisten „spenden“ aus den Miefenpöckeln, die sie aus den Knochen der Arbeiter herausgeschunden haben, Millionen für die Ruhrhilfe.

Für die Erwerbslosen aber ist kein Geld zur Unterstützung vorhanden. Sie werden, wenn sie die Not auf die Straße treibt — von der Polizei überfallen, verhöhnt und gemordet.

Der sozialdemokratische Regierungspräsident Brüning hat kürzlich in einem Vortrag die demonstrierenden Arbeitslosen im Ruhrgebiet als Faulenzer bezeichnet.

Für Blätter vom Schlage des „Vorwärts“, „Volkswacht“ usw. liegt also kein Grund zur Aufregung vor.

Die Massenbewegten Arbeiter aber — die am eigenen Leibe das Elend der Arbeitslosen oft genug spüren — werden in Massen gegen die neueste Provokation protestieren.

Besetzung von Mülheim?

Zu den Vorgängen in Mülheim bringt das WZD nachstehende Meldungen. Die darauf hinauslaufen, gegen die dortigen Arbeiter, vor allem aber gegen die Kommunisten aufzugehen.

Mülheim, 19. April. Die Erwerbslosen zogen heute vormittag wieder vor das Rathaus, das sie umringt halten. Die Beamten sind dort eingekesselt. In den Straßen der inneren Stadt, die von Demonstranten besetzt sind, wird ständig geschossen. Auch auf das Rathaus zielen Schüsse und auf das Zimmer, in welchem sich der Oberbürgermeister Dr. Lembke befindet. Ganze Stadtteile sind von dem Verkehr mit dem Innern durch die Demonstranten abgeschnitten. Wie die Demonstranten in den Besitz der Waffen gekommen sind, ist noch nicht aufgeklärt.

Köln, 19. April. Wie die (Kath. u. Red.) „Kölnische Volkszeitung“ zu den Vorgängen in Mülheim noch meldet, kam es in den Mittagsstunden infolge der Ausschreitungen des Volks (1) zu zahlreichen Strafentwürfen. Zur Abwehr der Aufrührer (1) bildete sich unter der Leitung der wenigen Polizeibeamten, die nicht ausgeweiht sind, ein Selbstschutz. (1) Die Aufrührer (1) hatten aus Automobilen und sonstigen Fahrzeugen, die sie auf der Straße anhielten, Barrikaden errichtet. Von beiden Seiten wurde mit alten Schrot- und Jagdflinten geschossen. Nach der „Kölnischen Volkszeitung“ sammelte sich auch in Reichlinghausen zahlreiches Besatzung (1) aus dem besetzten und dem unbesetzten Gebiet an.

Essen, 19. April. Die Kommunisten halten die Stadt Mülheim in festem Besitz. Die Ausgänge der Stadt sind verbarrikadiert. Das Rathaus liegt unter ständigem Gewehrfeuer der Aufständischen, die sogar über Infanteriegeschwäre verfügen.

W. S. Sonderdepesche Mülheim (Ruhr), 19. April. Kommunisten (1) Syndikalistin und Verbrechen (1) haben die Innensache von Mülheim besetzt und die Stadtausgänge verbarrikadiert. Das Rathaus liegt unter dem Gewehrfeuer der Aufständischen, die die Wasserleitungen geplündert haben. Der Regierungspräsident ordnete an, daß die Polizei von Duisburg nach Mülheim entsandt wird.

Arbeiter, Eisenbahner!

Zwei Hundertschaften der Breslauer Schupo wurden nach Dresden gegen das rote Sachsen transportiert. Verhindert jeden weiteren Schupo- und Reichwehrttransport nach Sachsen.

Wie uns von zuverlässiger Seite gemeldet wird, wurden gestern früh zwei Hundertschaften der Breslauer Schupo nach Dresden geschickt. Es hieß, die Schupo geht nach Oberschlesien, tatsächlich fuhr sie nach Dresden.

Diese Meldung ist der beste Beweis dafür, daß die Cuno-Regierung das rote Sachsen einreisen läßt, um zu negebener Stunde eine zweite noch blutigere Märzaktion zu provozieren. Was sagen übrigens die hiesigen WZD-Führer dazu? Willigen sie es, daß gegen ihre eigenen Parteigenossen ein Blutbad inszeniert wird? Willigen das vor allem die WZD-Arbeiter? Wollen sie ihren „Obergenossen“ Severing, der diese Maßnahme veranlaßt hat, nicht in den Arm fallen, wollen sie ihm dieses traurige Handwerk nicht legen?

Es ist Aufgabe der gesamten Arbeiterpartei, den Arbeitern Sachsens beizustehen — denn die Sache der Arbeiter Sachsens ist die Sache aller Arbeiter Deutschlands. In ihrem eigenen Interesse müssen sie daher jeden Transport von Schupo oder Reichwehr verhindern. Es ist Sache der Eisenbahner, diese Transporte zu unterbinden — gegebenenfalls mit denselben Mitteln, die die Cuno-Regierung im Ruhrgebiet anzuwenden läßt.

An dieser Stelle appellieren wir auch an die proletarisch denkenden Elemente in der Schupo: Es ist Aufgabe, es abzulehnen sich gegen das rote Sachsen verwenden zu lassen, das der Bourgeoisie nicht in den Kram paßt. (Wir kommen morgen noch auf diese ungeheuer wichtige Angelegenheit zurück.)

Der neue Raubzug!

Die Großadelsbewahrer senken den Wert der Mark und den Reallohn aller Gehalts- und Lohnempfänger um 50 Prozent.

Th. R. Es zeigt sich immer deutlicher, daß der neue Marksturz ein Wert der deutschen Großadelsbewahrer ist: er wurde an der Berliner Börse herbeigeführt — und wenn nicht alles trägt, im Widerstand mit der Cuno-Regierung.

Es ist bekannt, daß die deutsche Exportindustrie in den letzten Tagen mit verstärktem Nachdruck von der Reichsregierung einen Abbau der Stützungsaktion und ein Ansteigen des Dollars auf 25 000 bis 30 000 verlangt hat. Aber nicht nur die Exportindustrie, auch die anderen Kapitalistenkreise haben diese Forderung erhoben, und Stinnes hat am Sonntag seinen Wirtschaftsintendanten in der „DZ“ eine Einschränkung der Stützungsaktion verlangen lassen.

Daß die Schwerindustrie einen neuen Marksturz wolle, muß sogar das Stinnesreptil, die „Breslauer Neuesten Nachrichten“ zugeben.

Die Schwerindustrie hat in der letzten Zeit die Regierung nach der Richtung zu bezirzeln gesucht, daß die Reichsbank zur Hebung des Exportes sich einer mächtigen Erhöhung der Devisenkurse nicht widersetzen möge.

Zur Hebung des Exportes verlangten die Stinnes und Konforten also eine mächtige Erhöhung der Devisenkurse! Nun teilen die „Breslauer Neuesten Nachrichten“ aber mit, daß die deutsche Mark bei dem verhältnismäßig hohen Markstand schwerer war als die ausländische!

Das sieht fast aus wie ein Widerspruch. Doch, die Sache hat noch eine andere Seite: Wenn der Dollar steigt, so steigen im Inland wiederum die Preise — obwohl sie immer noch einem Dollarstand von 40 000 bis 50 000 entsprechen. Den größeren Gewinn heimlich die Kapitalisten dadurch ein, daß sie die mit Hilfe der Gewerkschaftsbürokratie stabilisierten Löhne nicht gleichzeitig miterhöhen, sondern noch abbauen, obwohl sie höchstens einen Dollarstand von 8000 bis 10 000 Mark entsprechen.

Dadurch können sie also auf Kosten der Arbeitererschaft die Preise auf dem äußeren Markt herabsetzen. Wenn übrigens der Dollar steigt, so steigt, in Goldmark umgerechnet, noch keinesfalls der Preis für irgendwelche nach dem Ausland auszuführende Ware. Wohl steigt er, in deutscher Papiermark. Wenn also die Groß-Bucherer für 1000 Dollar nach dem Ausland an Waren ausführen, so bekommen sie nicht mehr 20, sondern 30 Millionen deutsche Papiermark dafür; oder in Prozenten umgerechnet, 50 Prozent mehr. Sie denken aber nicht im Traum daran, die Löhne der Arbeiter, Arbeiterinnen, Angestellten und Beamten um

50 Prozent zu erhöhen. Im Gegenteil: sie wollen, wie das z. B. in Breslau der Fall ist, bei verschiedenen Kategorien von Lohn- oder Gehaltsempfängern die Löhne um 30 und mehr Prozent abbauen!

Die Kapitalisten machen also ihren Reibach, dadurch, daß sie sofort die Inlands- und Auslandspreise für alle Waren erhöhen, den Proleten aber keine höheren Löhne bezuhalten zahlen.

Die Erhöhung der Warenpreise läßt sich dementsprechend mit der Einfuhr ausländischer Waren begründen, zumal die Einfuhr augenblicklich nicht sehr groß ist — und, wie das „Breslauer „8-Uhr-Abendblatt““ obendrein noch meldet, weitgehend eingeschränkt werden soll!

Die Kapitalisten sind unerträglich! Nicht genug damit, daß sie sich bereichert haben durch die bisherige Geldentwertung und ausplündern die Proleten durch die Steuerdrückbergeretei, Erhöhung der Kohlenpreise, durch die Sturz der Kohlensteuer, durch die Devisenverfälle an die Regierung durch die sogenannte Markstützungsaktion machen sie schon wieder einen Raubzug auf die Taschen des Proletariats.

Die kleinen Bucherer nehmen sich ein Beispiel an den Großen. Schon werden in Breslau überall die Preise eiligst umgedruckt, dem neuesten Dollarstand „angepaßt“. Wie lange werden es sich die Proleten gefallen lassen?

Werden die Proleten nun nicht endlich einsehen, daß es die höchste Zeit ist, überall Kontrollausschüsse einzusetzen, die jede neue Preiserhöhung verhindern müssen? Muß man sich denn erst mit Skorpionen beschäftigen? Sehen es auch die Nichtkommunisten nicht bald ein, daß es die höchste Zeit ist, die Cuno-Regierung zum Teufel zu jagen und eine revolutionäre Proletarier- und Bauernregierung zu bilden?

Die Regierung zum Marksturz.

Das WZD meldet. Als Ergebnis der gestrigen Besprechung des Reichskabinetts mit führenden Berliner Bankleuten weiß das „Tagblatt“ zu melden, daß die Reichsregierung von der Einrichtung einer Devisenzentrale absehen werde, wegen der schlechten Erfahrungen, die man in Wien und Budapest mit einer solchen Einrichtung gemacht habe. Auf die Nichtanmeldung der Devisenbesetze sollen hohe Strafen angelegt werden. Die Bankiers stellen der Reichsregierung ihre Mitwirkung bei den Maßnahmen zur Stützung der Mark in vollem Umfange zur Verfügung. Nach einer weiteren Information des Blattes soll die Reichsbank im Notfall bereit sein, gewisse Mengen ihres Goldbestandes für die Stützungsaktion zu verwenden.

Die Verurteilung der katholischen Pfaffen und das internationale Kapital.

Nachstehenden Artikel entnehmen wir der Moskauer Prawda vom 30. März. Die Red.

Es geschah etwas Entsetzliches im Reiche der Bestialität — in Sowjetrußland. Ein katholischer Erzbischof, der die Kirchenschätze, die die katholischen Pfaffen während Jahrhunderte durch allerlei niederträchtige Kniffe angesammelt hatten, vor der Verwendung zur Ernährung der hungernden Volksmassen „rettete“, wurde vom revolutionären Tribunal der Sowjetrepublik zum Tode verurteilt. Bis zur Revolution gingen die Gerichte Hand in Hand mit den Pfaffen, da der Pfaffe und der Richter immer die Sache der Ausbeutung verteidigten. Im entsetzlichen Sowjetrußland ist alles auf den Kopf gestellt. Das Tribunal verteidigt die Sache der arbeitenden Bevölkerung, verteidigt die Hungernden, während die Herren katholischen und orthodoxen Pfaffen in ihren alten Positionen verharren und die Verteidigung des Kapitals, die Verteidigung der Besitztümer fortsetzen. Man darf sich nicht darüber wundern, daß die ganze „zivilisierte“ Welt über diesen Verrat des Tribunals an den ewigen Gesetzen der Gerechtigkeit aufschreit.

Man darf sich nicht darüber wundern, daß die ganze „zivilisierte“ Welt sich der Verteidigung des katholischen Erzbischofs annimmt, der seiner heiligen Berufung gemäß die geraubten Güter gegen die hungernde Bevölkerung beschützt. Es heulte das katholische Spanien auf, wie so denn nicht? Während Jahrhunderte verbrannten in diesem prachtvollen Lande die katholischen Pfaffen jeden Gegner der feudalen Ordnung, der nur selbst in Gedanken gegen die katholische Kirche sündigte.

Es schrie der „Freund“ Sowjetrußlands, Herr Herriot, auf, der Vertreter der radikalen freidenkenden französischen Bourgeoisie. Diese Bourgeoisie hat zur Zeit ihrer Revolution die katholischen Pfaffen quillonierte, enteignet den Kirchenbesitz, nicht nur, um Hungernde vor dem Tode zu retten, sondern auch, um eine revolutionäre Armee zum Kampfe gegen die feudale Ordnung aufrecht zu erhalten, die sich auf die Pfaffen stützte. Die Pfaffen, die es wagten, den Beschlüssen des Konvents und des Wohlfahrtsausschusses zuwiderzuhandeln, wurden schleunigst in jenes Reich befördert, auf das sie die Hungernden und Leidenden vertrösteten.

Aber diese Pfaffen brauchen sich nicht einmal den Beschlüssen der revolutionären Mächte zu widersetzen, um ein Billet ins Himmelreich zu bekommen; es genügt, wenn sie das Geldnis der völligen Unterwerfung abzugeben verweigern, oder wenn sie sich bestechen lassen. Aber ist mehr als ein Jahrhundert verlossen. Die französische Groß- und Kleinbourgeoisie steht nicht mehr mit den Outsbekern im Kampfe. Sie ist selbst eine ausbeutende, unterdrückende Klasse. Sie hat die Schlacht von 1848 und die Niederwerfung der französischen Arbeiter im Jahre 1871 hinter sich. Daher ist es selbstverständlich, daß die radikale französische Bourgeoisie, die hier auf Erden mit den Arbeitern im Kampfe steht, mit dem Himmel, mit dessen Vertreter — mit den Vorkämpfern, den Pfaffen — Frieden schließen mußte. Der letzte lendenlahme Beschluß der französischen Bourgeoisie über die Trennung der Kirche vom Staat wurde vom kranken der Moskauer der radikalen Bourgeoisie, Combes, durchgeführt, und die gegenwärtige französische Regierung ist gerade daran, seine Spitze zu brechen. Daher darf man sich nicht darüber wundern, daß der freidenkende Herriot, der Feind jeder Kirche, der auf der Waise zu Lyon zum Gott des Profits hat, von unfreiem Mittel ebenfalls in Gefolge sei.

Auch die reformierten jüdischen Rabbier haben sich protestieren. Sie wurden in-

Breslau. Solales.

Das Marktbrot wird billiger!

Der Rückgang der Großhandels-Indizes für Monat März und die Kohlenpreissenkung haben auch der ständigen Aufwärtsbewegung der Getreidemarkte Halt gegeben und sogar einen kleinen Rückgang herbeigeführt. Die Stadtverteilungskasse ist daher in der Lage, den Abgabepreis für Marktbrot an Bäcker und Händler herabzusetzen. Dementsprechend hat der Breslauer Magistrat den Kleinverkaufspreis für Marktbrot auf 235 Mt. je Pfund mit Wirkung vom 23. April 1923 ab ermäßigt. Ein Vierpfundbrot kostet demnach 940 Mt. Roggenmehl auf Marken 220 Mt. und Weizenmehl 230 Mark je Pfund. Der Semmelpreis bleibt unverändert.

Es hat lange genug gedauert, bis sich der Magistrat dazu aufgeschwungen hat, den veränderten Verhältnissen Rechnung zu tragen. Während in allen schlesischen Städten die Preise für Marktbrot und -mehl herabgesetzt wurden, mußte die Breslauer Bevölkerung wochenlang den hohen Preis zahlen. Ob der Magistrat den veränderten Preis wohl auch einige Wochenlang bestehen läßt, wenn jetzt der neue Dollaraufstieg weiter geht? Wir zweifeln sehr daran!

Barikade für Kriegsoffer.

Vom Hauptversorgungsamt wird geschrieben: Durch einen Erlass des Reichsarbeitsministeriums vom 28. März 1923 ist angeordnet worden, daß den Kriegsbekämpften und Kriegshinterbliebenen, welche nach der bestehenden Novelle zum Reichsversorgungsgesetz eine Rentenerhöhung zu erwarten haben, schon jetzt Vorschüsse auf diese gezahlt werden sollen, da die Verabschiedung des Gesetzes und seine Durchführung noch geraume Zeit in Anspruch nehmen kann.

Diese Vorschusszahlung sollte in der Zeit vom 10. bis zum 20. April 1923 durch die Versorgungsämter im Postfachwege erfolgen. Für die u. a. für jeden Empfänger die Ausstellung eines vom Postfachamt zu beziehenden Zahlungsanweisungsfornulars erforderlich. Da die Zahl der Anweisungsfornulare, welche den Versorgungsämtern für ihren normalen Bedarf zur Verfügung stand, für diesen außerordentlichen Bedarf nicht ausreichte, mußten erst die erforderlichen Fornulare beim Postfachamt und durch dieses bei der Reichsbank bestellt werden. Die Lieferung dieser Fornulare hat sich trotz allen Drängens und allen Entgegenkommens der beteiligten Dienststellen bisher nicht voll durchführen lassen, so daß mit einer Verzögerung der Auszahlung der Vorschüsse um einige Tage gerechnet werden muß.

Jetzt müssen die Regierungsstellen aber alle Hände in Bewegung setzen, daß die Fornulare herauskommen. Sonst erleiden die Kriegsoffer durch den oben beginnenden neuen Marktzug ganz wesentliche Schädigungen. Es wird Sache der Kriegsofferorganisationen sein, den nötigen Druck dahinter zu machen.

7. Aufräuberische Vorträge über Ziel, Arbeitsweise, Aufbau und Aufgaben der Volkshochschule fällt auf Wunsch der Gewerkschaften und anderer Berufsvereinigungen der Leiter der Volkshochschule, Dr. A. Mann, unentgeltlich. Anträge sind an das Volkshochschulamt Spritzenstraße 5/9, III. (Fernsprecher Ring 422), zu richten. Da die Anmeldungen zu den neuen Lehrgängen der Volkshochschule noch im April erfolgen werden müssen, wird dringend empfohlen, sich wegen dieser Vorträge alsbald an das Volkshochschulamt zu wenden.

Provinzielles.

Bollentzheim. Eine wüste Kommunitäten-Gege leistete sich der bekannte Buchwiz aus Bollentzheim in der öffentlichen Versammlung der SPD am 11. April. Er sollte zum Thema „Kulturhegemonie und Sozialdemokratie“ reden, erging sich aber in unangelegentlichem Schimpfen über die Kommunisten, wenn sie Erfassung der Sachwerte forderten. Buchwiz leistet seiner Partei einen sehr schlechten Dienst, mit solch wüsten Redereien, die jeden ehrlichen Arbeiter vor den Kopf stoßen müssen.

Der Schacher um die städt. Betriebe beschlossen. Sozialisierungsdebatte im Stadiparlament — Die Sozialdemokratie „befiehlt“ die Feuerprobe.

Die Donnerstagssitzung des Stadiparlaments wurde von einigen Debatten in die Länge gezogen. Im Mittelpunkt allen Interesses stand der Antrag des Magistrats, eine Kommission zu bilden, die die Frage der Umgestaltung städtischer Betriebe prüfen soll. Wir haben schon darauf hingewiesen, daß dies nicht anders als die Umgestaltung der städtischen Betriebe bedeuten würde. Aus den Reden der blagelichen Vertreterlang, das in der gestrigen Sitzung klar hervor. Sie bannten gleichzeitig die Gelegenheit, um gegen die Sozialisierung loszuwettern.

Die Sozialdemokraten waren nicht so müßig wie die Bürgervertreter. Haben sie doch in der „Volkswacht“ versprochen, die Feuerprobe zu bestehen. Jetzt galt's, Wort zu halten! Sie haben es gehalten — in ihrem Sinne. Mit geschickter Rückendeckung nehmen sie nunmehr am Schmeicheleibzug teil. Darüber täuschen alle Klappenbesetzer zur Sozialisierung, an denen sie es nicht fehlen lassen, nicht hinweg.

Der Antrag des Magistrats, der Bildung einer Kommission zuzustimmen, die zu prüfen hat, wie die städtischen Betriebe rentabler gestaltet werden können, rief

eine Sozialisierungsdebatte

hervor. Der Antrag wurde in geschickter Weise vom Juristat Dr. Heilberg begründet. Er wollte nicht viel Aufhebens von der Sache machen. Möglichst ruhig und heimlich sollte die Kommission zusammenkommen und eben so still und gefällig den Handel betreiben. Juristat Heilberg ging auf die verschiedenen Formen ein, die man den Betrieben geben könne, um sie rentabel zu machen. Es gälte vor allen Dingen, die Betriebe von den Formeln der Städteordnung zu befreien. Praktisch seien wir mit dem, was wir Sozialisierung nennen, nicht weit gekommen. Die Sozialisierung bezw. Kommunalisierung sei keine Grundfrage, sondern eine Zweckmäßigkeitsfrage. Die Kommission soll aber keine Entkommunalisierung beschließen. Sie ist nur als

eine Studentenkommision

gedacht, der lediglich die Prüfung der Frage obliegt.

Der Deutschnationale Dr. Friedrich ritt vor allem gegen die Sozialisierung Attade. Diese Kreise seien davon abgenommen, da durch die Sozialisierung von Kohle und Kali (!?) die Wirtschaft verteuert worden wäre. (Die unschuldigen Grubenbarone!) Es kommt darauf an, ob die Stadt in ihrer katastrophalen Lage die kommunalen Betriebe ertragen kann. Wenn geprüft worden ist, dann darf aber nicht von dem Gesichtspunkte einer Partei entschieden werden.

Der Sozialdemokrat Frey betonte, daß man sich dem Versuch zu einer besseren Gestaltung der städtischen Betriebe nicht widersetzen darf.

Waldburg. Marktpolizeiverordnung. Auf Grund des § 69 der Reichsgewerbeordnung, der §§ 5, 6 und 15 des Gesetzes über die Polizeiverwaltung vom 11. März 1850, des § 143 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883 sowie der Verfügung des Präsidenten des Landespolizeiamtes beim Ministerium des Inneren Ministerialblatt für die Innere Verwaltung Nr. 4 vom 19. I. 23 und vom 18. I. 1923 l. Lpa. 89 A. 23 betr. Verhinderung des Aufstufens und Ueberwachung der Wochenmärkte wird im Einverständnis mit dem Magistrat für den Umfang des Stadtbereichs Waldburg folgende Polizeiverordnung erlassen:

Einzigster Paragraph.

Der § 6 der Marktpolizeiverordnung für die Stadt Waldburg vom 12. November 1910 erhält folgenden Zusatz:

1. Der gewerbsmäßige Einkauf von Gegenständen des Wochenmarktes auf den Marktplätzen ist an den Wochenmarkttagen bis 10 Uhr vormittags verboten.
2. Der Handel mit Gegenständen des Wochenmarktes, die von außerhalb nach Waldburg gebracht werden, ist an Markttagen bis zum Schluß des Wochenmarktes außerhalb der Marktplätze verboten.

Die Marktpolizeiverordnung vom 1. 9. 1915 wird hiermit aufgehoben. Diese Verordnung tritt mit dem Tage ihrer Veröffentlichung in Kraft.

Öffentliche Mahnung. Das Wassergeld für Januar und Februar d. Js. ist fällig. Die noch rückständigen Beträge sind, soweit über den Fälligkeitstermin hinaus keine Stundung erfolgt ist, nebst den gesetzlichen Mahngebühren spätestens bis zum 25. d. Mts. an die städtischen Steuerbehörden zu entrichten. Von folgenden Tagen ab werden die Rückstände im Wege der Zwangsvollstreckung eingezogen. Eine Befriedigung von Mahnzetteln findet nicht statt.

Bei einer Umgestaltung der Betriebe muß die Stadt den Haupteinfluß behalten und die Arbeiter müssen der Stadt zustimmen. Zu dem Versuch, die Betriebe in A. O. umzuwandeln, äußert der Stadtverordnete Franz Bedenken. Er hingehört, daß dies auf künftige Anlässe unvorteilhaft wirken könnte. Frey gesteht schließlich, daß es vaterländische Gesichtspunkte waren, die sozialdemokratische Führer von der Sozialisierung großer Unternehmungen abhielten. Die Sozialdemokraten wollten, so führt er weiter aus, eine

vernunftgemäße Sozialisierung

die sich stets den Verhältnissen anpaßt. (Insolenz, daß sie bei kapitalistischen Verhältnissen den Profit nicht antastet. D. D.) Schließlich stellt er einen Änderungsantrag, der besagt, daß privatkapitalistische Beteiligung an städtischen Betrieben abgelehnt werden soll und der Antrag fortsetzt, statt 5 Stadtverordnete, 7 in die Kommission zu schicken, damit die SPD. entsprechend dem Verhältnis im Parlament zwei Sitze in der Kommission bekommt. Da steht der Vorstoß der Bürgervertreter ein. Durch Anträge und gutes Zureden verjachten sie die Sozialdemokraten von ihrem Standpunkt abzuhalten. Es gelang nicht. So trübte Justizrat Heilberg dem enttäuschten Bürger darüber: Es geht um die. Wenn die Kommission lediglich zu prüfen hat, ob eine Rentabilisierung ohne Hinzuziehung von Privatkapital möglich ist, dann kann sie ja sagen: Nein, ohne Privatkapital ist das nicht möglich!

Der Antrag wurde also mit der Änderung angenommen. Die Sozialdemokraten haben die Feuerprobe bestanden. Wie viel? Der abgeänderte Antrag heißt jetzt vereinfacht so:

Die Kommission soll prüfen, ob und in welcher Weise es sich empfiehlt, die städtischen Betriebsverwaltungen... von den mit den städtischen Betriebsverwaltungen verbundenen Beschränkungen durch Umgestaltung in eine andere Gesellschaftsform ohne Beteiligung von Privatkapital zu befreien.

Dieser Antrag ist so unklar und zweideutig formuliert, daß man sehr viel daraus machen kann. Wie kann er so aufgefacht wird, daß die Umwandlung geschehen kann in eine A. O., eine B. m. b. H. mit, oder in eine andere Gesellschaftsform ohne privatkapitalistische Teilnahme? Ein Hintertürchen ist jedenfalls offen. Stimmes möge sich nun auf die künftigen Juristen verlassen, die mit in die Studentenkommision gehen werden und — seine Sache ist in guten Händen.

Bei oberflächlicher Betrachtung scheint es allerdings, als ob der Entkommunalisierung entgegengewirkt worden wäre. Tatsächlich ist aber jetzt der Anfang dazu gemacht worden. Denn da nun einmal bereits praktisch zu dieser Frage Stellung genommen wurde, wird sie auch weiter gehen. Dafür werden schon die Interessierten großkapitalistischen Kreise durch Druck auf die maßgebenden Instanzen sorgen. Die Arbeiterchaft von Breslau wird staunen, was ihr diese „harmlose“ Studentenkommision befehlen wird.

(Wegen Raumangel können wir den Bericht erst morgen beenden. Die Red.)

bei eine Debatte über die Finanzhilfen für die Arbeiter. Wegen Beschlußfassung mußte der Punkt zurückgestellt werden.

Dittersbach städtisch. Der Arbeiterklub hat am 15. im Gasthof zur Riechen gebirg eine Versammlung ab. Da hier die Wohnungsnot ebenso groß ist wie anderswärts, kamen sehr viele Gäste zur Sache. So war u. a. der Vorstehende Genosse Schiller beauftragt worden, folgendes vorzutragen: Mietzinsen für die Arbeiter, der bei den Schwierigkeiten einen sehr schmerzlichen Verlauf nahm. Der Vorstand hatte nämlich beschlossen, beim nächsten Leben. Aber wohin? Der Genosse ging zu Dittersbach und bat um Zusage einer Wohnung. Dittersbach sagte ihm, es sei keine vorhanden. Darauf machte Schiller auf verschiedene Wohnungen aufmerksam, die zu beschlagnahmen sind. B. erbot sich, er sei Geschäftsmann und könne sich mit den Leuten nicht verstehen. (1) Man kann sich jeder Arbeiter ein Bild davon machen, wie die Tätigkeit der Wohnungsverwaltung in Dittersbach städtisch ausfällt. Der Genosse Schiller Mann Dittersbach ist auch noch selbst. An der Spitze erster Schritte und Betriebsräte der Bergarbeiters. Dittersbach ist ein natürlicher Geschäftsmann. Gest. kann er sich in dieser Eigenschaft seine Dienste leisten hat, kommt die Interessenvertretung der Arbeiterchaft an die Reihe. Das mögen sich die Arbeiter auf künftige Wahlen merken.

Die freie Arbeitervereinigung hielt am selben Tage ihre Versammlung ab. Die Leiter sehr schmerzlichen Verlauf nahm. Der Vorstand hatte nämlich beschlossen, beim nächsten Vergnügen ein Theaterstück aufzuführen. Das erst kurze Zeit vorher von bürgerlichen Sportvereinigungen gespielt wurde. Genosse Schiller stellte den Antrag, entweder ein Bild der Arbeiterdörfer oder gar keiner aufzuführen. Der Antrag wurde gegen den Antisportler und SPD-Mann Karl Peter angenommen. Darauf erklärte der Vorstehende des Komitees, Kurt Fischer, er habe keine Zeit, eine Rolle mitzuspielen. Er war aber bereit bei den bürgerlichen Stück mitzuwirken. Hierbei kam es zu heftigen Auseinandersetzungen. Genosse Schiller erklärte dem Vorstand, wenn er so weiter wirtschaften wolle, dann möge er sich doch gleich den bürgerlichen Turnvereinen anschließen. Das löste bei der Versammlung großen Beifall aus.

In seiner Eigenschaft als Vorstehender der Kommunistischen Partei hat Genosse Schiller den Sportverein schriftlich aufgefordert, sich am 1. Mai an der Demonstration und an der Feier zu beteiligen. Auf der Tagesordnung stand nichts von dieser Einladung. Darum stellte Genosse Schiller unter Punkt Verschiedenes den Antrag, daß sich der Sportverein an der gemeinsamen Märsche beteiligen soll. Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen. Nur der erste Kassierer der freien Arbeiterdörfer oder gar keines aufzuführen. Der Sportvereinigung und SPD-Mann Karl Peter stimmte nicht mit. Er brachte aber auch nicht den Mut auf, dagegen zu stimmen. Verdächtig werden die Arbeiterportier von Dittersbach städtisch nur gemeinsam mit den klug bedachten Arbeitern den 1. Mai begehen?

Deutsch-Rasselwitz. Kreis Neustadt O. S. geht vorwärts. Kreis öffentliche Versammlung beschäftigte sich hier am 15. 4. mit dem Thema: „Kampf gegen Faschismus und der Kulturen.“ Der Referent, Genosse Wetzel aus Neustadt legte die Ursachen dar, die zur Kulturenbelegung führen mußten. Er rief auf den Kampf hin, den die Kommunisten in allen Ländern gegen den Kulturkrieg einsetzt haben und stellte dem die Kampfesweise der Sozialdemokraten gegenüber, die sich auf leere Resolutionen an Poincaré und Cuno beschränkt. In seinen weiteren Ausführungen zeigte der Referent, wie die faschistische Bewegung um sich greift. Eovoring führt einen Scheinkampf gegen die Reaktion, dafür aber einen so energischen Kampf gegen die Kommunisten. Auch in Rasselwitz bewegen sich die Faschisten frei und offen. Das zeigt ihr letztes Schachschiefen hier am Ort. Die einzige Hilfe gegen die faschistische Gefahr ist der proletarische Selbstschutz. In der Diskussion sprach als erster, Genosse Krull, der interessanteste Fälle aus der Politik der SPD. in hiesigen Gemeindeparlament schloßerte. Von der SPD. sprachen zwei Redner, die mit dem Ausfüllen des Referenten nicht ganz einverstanden waren und wie gewöhnlich, über Aufstand hergingen. Im Schlußwort widerlegte Genosse Wetzel diesen Rednern und errietete dafür reichen Beifall. Es wurde sofort zur Gründung einer kommunistischen Ortsgruppe geschritten, der 45 Genossen beitraten. Deutsch-Rasselwitz war bisher eine Hochburg der SPD. Durch ihren Fall ist dem Reformismus in Deutschland wieder ein schwerer Schlag zugefügt worden. — In der Mitgliederversammlung, die sich angeschlossen, wurde zur Konstituierung der Ortsgruppe geschritten und der Vorstand gewählt. Möge die junge Ortsgruppe eine gute Kampftruppe im Geere der deutschen Revolutionäre werden.

Briefkasten.

Achtung! Literaturbesuche! Sowjetische können nur gegen Vereinfachung des Betrages geliefert werden. Preis: großer Stern 1000 Mt. kleiner Stern 700 Mt. Dr. Wandkalender 1923 der „Schlesischen Arbeiter-Zeitung“ sind bis zum 29. April 1923 abzugeben. Nach dem 29. 4. werden keine Kalender zurückgenommen. Mit Buchhandlung

Die Arbeiterbewegung im besetzten Gebiet.

Erfolge der Arbeitslosen.

Welt mehr als die Arbeiterchaft im übrigen Deutschland haben die Arbeiter im besetzten Gebiet die Folgen des Ruhrkampfes. Die Erwerbslosigkeit und die Kurzarbeit steigen. In Mainz wuchs die Zahl der Arbeitslosen vom 5. bis 12. April von 5000 auf 10.000. In den übrigen Städten, wie Böhler, Wiesbaden, Worms usw. zählen sie gleichfalls nach Tausenden. Vielfach haben die Erwerbslosen Arbeitslosenvereine geschaffen, und durch energischen Kampf in mehreren Orten des Mainzer Gebietes die Anerkennung des Erwerbslosenrates und seine Einbeziehung in die parlamentarische Erwerbslosenkommission durchgesetzt. In einzelnen Orten des Mainzer Kreises erreichten sie die Belieferung mit Kartoffeln, den Zinsen zu 1000 M., die Stundung des Gasgeldes und die Versorgung mit Brennmaterial. Das Mainzer Kartell verzögerte die Finanzierung des Kampfes der Arbeitslosen, es sprach sich sogar für eine Herabsetzung der Unterstützung aus. Mit Hilfe der Kommunisten erzielten die arbeitslosen Bauarbeiter von Worms eine Entlohnung bei Viertagearbeit von Seiten der Stadt, die das Einkommen der Bauarbeiter der Privatindustrie übertrifft. In Wiesbaden erlangten die erwerbslosen Bauarbeiter gleichfalls volle Entlohnung zum Tarifsatz bei 8-tägiger Beschäftigung. In Bingen haben die Erwerbslosen erreicht, daß sie für die Notstandsarbeiten zum vollen Satz entschädigt werden. Die deutschen Unternehmer und Behörden bemühen das Verbot der Ruhrhilfe durch die Internationalisierte Kommission, um jede Arbeitslosenunterstützung zu sabotieren. Die Unternehmer von Mainz erklärten die Vereinbarung mit dem A.D.B. über die Auszahlung der Gelder der Ruhrhilfe sei rein privater Natur, kein Gesetz. Hier enthält sich die ganze Einseitigkeit und der Betrug der Ruhrhilfe.

Englischen steigen die Zahlen der Arbeitslosen und der Kurzarbeiter weiter. Der Kampf gegen jede Produktionsbeschränkung, die Prüfung bei angeblichem Rohstoff- und Abwärmangel durch die Betriebsräte, der Widerstand gegen jede Arbeiterentlassung ganz gleich, ob es verheiratete Frauen oder Halbweiber sind, der Kampf für Vollbeschäftigung der Arbeitslosen und für ihre vollarbeitsfähige Entschädigung werden eine Hauptaufgabe der deutschen Arbeiterchaft. Mit der Parole „Vollbeschäftigung der Arbeitslosen“ müssen wir die Bürokratie zwingen, zu konstatieren, daß die kapitalistische Wirtschaft den Arbeitern keine Existenz sichern kann. Wo muß sie einer Arbeiterregierung Platz machen!

Gemeinsamer proletarischer Selbstschutz.

In Saalfeld (Thüringen) haben die beiden Arbeiterparteien, K.P.D. und S.P.D. die Bildung eines gemeinsamen Selbstschutzes gegen die faschistische Gefahr beschlossen. In Jena und in Gumburg wurden faschistische Propagandaveranstaltungen samt einer unter Falkenkreuz-Fahnen verführten Jungdo-Marsch durch die Wachsamkeit des proletarischen Selbstschutzes verhindert.

Aus der Partei.

An alle Ortsgruppenleitungen! Wir haben heute an alle Ortsgruppenleitungen Plakate des Internationalen Aktionskomitees gegen Kriegsgesahr und Faschismus versandt und ersuchen alle Ortsleitungen diese sofort an geeigneten Stellen anleben zu lassen. Die Bezirksleitung der K.P.D. Schlesien.

Zur internationalen Kampfwoche.

Mundschreiben des „Internationalen Aktionskomitees gegen Kriegsgesahr und Faschismus“ an alle Arbeiterorganisationen.

4. Themen der Versammlungen. Als Themen für die unter 1. vorgesehene Versammlungen sind zu nehmen:

1. Die Frankfurter Konferenz und die Aufgaben der Arbeiterorganisationen;
2. Der proletarische Kampf gegen Kriegsgesahr und Imperialismus. (Dabei ist das Thema entsprechend den besonderen Verhältnissen des Landes, in dem die Versammlungen stattfinden, zu variieren. In Frankreich und Deutschland wird die Befreiung der Ruhr im Vordergrund stehen. In England muß die Kriegsgesahr, die durch die Politik der herrschenden Klassen im Orient, in Irland, in Ägypten, in Indien heraufwächst, nicht übersehen werden.)
3. Der Kampf gegen den Faschismus. Bei diesem Thema ist besonders an Hand des italienischen Beispiels zu zeigen, daß die proletarische Bewegung in allen Staaten ein ähnliches Schicksal erleiden wird wie in Italien, wenn das Proletariat nicht entsprechende Abwehrmaßnahmen trifft.
5. Organisatorische Abwehrmaßnahmen. Um die Offensive des Kapitals, des Faschismus und die Kriegsgesahr ernstlich bekämpfen zu können, bedarf das Proletariat

- a) Abwehrorganisationen, an deren Bildung alle proletarischen Organisationen sofort herantreten müssen. Diese Abwehrorganisationen (Proletarische Hundertschaften, Proletarischer Selbstschutz) geben der Arbeiterklasse einen festeren Zusammenhalt, erleichtern einheitliche Aktionen des Proletariats, halten die Angriffe des Gegners in Schranken und stärken das Selbstbewußtsein der Arbeiterklasse;
- b) sind besondere Maßnahmen gegen den italienischen Faschismus notwendig. Es kommen in Frage neben der Aufklärung über den weißen Terror der Mussolinischen Regierung:

1. Propaganda des Volksworts italienischer Waren;
 2. Protestdelegationen der Arbeiter bei den italienischen Botschaften und Konsulaten wegen der Unterdrückung der italienischen Arbeiterbewegung;
 3. Rundgebungen in Staats- und Gemeindeparlamenten gegen die italienische Regierung und ihre faschistischen Methoden;
 4. Demonstrationen vor italienischen Botschaften, Konsulaten, italienischen Handels-, Bank- und Industriefunktionen im Ausland, um die Verachtung des Proletariats gegen die wehrbarkeitslose italienische Regierung und die Solidarität mit den italienischen Klassengenossen zu manifestieren.
6. Internationale Berufs-konferenzen. Zur systematischen Weiterführung der Propaganda und zur Vorbereitung gemeinschaftlichen Handelns der Arbeitermassen sollen entsprechend ein Beschuß der Frankfurter Konferenz internationale Konferenzen der wichtigsten Berufsgruppen stattfinden. Als erste kommen in Frage Konferenzen der Bergarbeiter, der Metallarbeiter, der Eisenbahner und der Seeleute. Als provisorischer Termin dieser Konferenzen schlagen wir den 27. und 28. Mai vor. Als Tagesordnung: Die Aufgaben der betreffenden Gruppe zur Durchführung der Frankfurter Beschlüsse.

In den Versammlungen während der Propagandawoche soll schon auf diese Konferenzen Bezug genommen werden und sind die Arbeiter zu veranlassen, frühzeitig Delegationen zu den Konferenzen zu wählen. Sobald das Einverständnis über den Zeitpunkt der Konferenz vorliegt, wird der Aktionsauschuß die organisatorische Vorbereitung der Tagungen vornehmen.

Der Internationale Aktionsauschuß gegen Kriegsgesahr und Faschismus hat seinen Sitz in Berlin. Seine Publikationen erscheinen in französischer, englischer und deutscher Sprache. Alle Sendungen sind zu richten an das Internationale Aktionskomitee gegen Kriegsgesahr und Faschismus, Frau Clara Zetkin, Berlin, Rosenthaler Straße 33.

Mit proletarischem Gruß Das Sekretariat des I.A. gegen K. u. F.

Die Kreistags-Wahlkampagne.

Öffentliche Versammlung in Danzig.

Am Sonnabend, den 14. fand hier die erste öffentliche Volksversammlung der K.P.D. Stadt Genosse Dombrowski hielt ein Referat über die politische Lage und die bevorstehenden Kreistagswahlen.

An das besällig aufgenommene Referat schloß sich eine freie Aussprache an. Die meisten Redner, Arbeiter und Kleinbauern stimmten dem Referenten zu. Nur ein Arbeiter war nicht anwesend. Er will die Frankfurter mit Waffengewalt aus dem Ruhrgebiet hinauswerfen.

Der Referent antwortete ihm darauf, daß ein solches Beginnen heller Wahnsinn wäre und daß der Kampf gegen den französischen Imperialismus mit anderen Mitteln geführt werden kann und geführt werden muß. Genosse Dombrowski wies auf den heftigsten Kampf der französischen Kommunisten gegen Polnaree hin.

Die Versammlung endete mit einem glänzenden Erfolg für die Partei. Es traten unserer Partei sofort acht Mitglieder bei. Ferner wurden vier Abonnenten für die „Schlesische Arbeiter-Zeitung“ gewonnen. Eine Sammlung für den Kreistagskampf ergab 7018 Mark und bewies, daß die Arbeiter in Danzig bereit sind, den Befreiungskampf des Arbeiters auch finanziell zu führen.

Öffentliche Versammlung in Mähnsch.

Am Donnerstag, den 12. d. M., sprach Herr Wegenthin von der Deutschen Volkspartei in Groß Mähnsch vor 10 Bourgeois und circa 100-120 Arbeitern über die Ruhrbesetzung. Er biliet sich roothweislich, von den wahren Ursachen der Ruhrbesetzung zu sprechen, schilderte vielmehr all die einzelnen „Greuelthaten“ unserer französischen Feinde“ und zeigte auf einmal ein mildes Gesicht für die Arbeiterschaft, obgleich er wie bekannt, vor circa 2 Jahren im Circus Busch die Arbeiter rote Schweinehunde genannt hatte. Die Genossen König (K.P.D.) und Janak (S.P.D.) riefen ihn auch in der Diskussion gehässig ab und zeigten an Hand von Tatsachen und Beweisen das wahre Gesicht der Herren um Wegenthin. Genosse König verstand es, besonders durch Aufzählen der wahren Ursachen, die zur Ruhrbesetzung führten, der Versammlung zu zeigen, daß der Kampf an der Ruhr nur ein Kampf zwischen dem französischen und deutschen Kapital auf Kosten des Proletariats um den größeren Profit ist. Auch unsere Genossen Kupke zeigte den Arbeitern, besonders aber den Frauen, die Arbeiterunfähigkeit der Deutschen Volkspartei. Sie wies ferner auf das Verhalten der Bürgerlichen, überhaupt im Kampf gegen die Schandparagrafen 218 und 219 und ermahnte die Frauen, nicht auf den bürgerlichen Sempfang hereinzuallen. Ein Genosse aus Mähnsch konnte aus persönlicher Erfahrung feststellen, daß es Herr Wegenthin auch versteht, anders zu sprechen, wenn nicht Arbeiter, sondern Bürgerliche seine Zuhörer sind. Im Schlußwort ging der Redner gegen den S.P.D.-Sprecher los und sagte ihm, daß die Politik, die seine großen Führer, wie Otto Braun, Seewitz, Ebert usw. betreiben, eine ganz andere ist, als die des Genossen Janak. Der S.P.D.-Redner erklärte darauf: „Dann wird eben der Tag kommen, wo diese Männer, wenn sie nicht Arbeiterpolitik treiben, mit einem kernigen Fußtritt aus der K.P.D. heranspringen.“

Herrschte schon während des Referats eine große Unruhe im Saale, so mußte Herr Wegenthin während des Schlußwortes einsehen, daß die anwesenden Kommunisten und ihre Sympathisierenden keine Luft haben, sich von einem gebildeten Mann, der die Arbeiter „Schweinehunde“ genannt hatte, verleumden zu lassen. Der Redner zog auch daraus die Konsequenz, schloß die Versammlung selbst nach kaum 15 Minuten langem Schlußwort und verstand von der Bildung der Deutschen Volkspartei ist in Mähnsch kein Blumen-topf zu gewinnen.

Hoffentlich machen auch die S.P.D.-Arbeiter die Worte ihres Genossen Janak wahr und werfen ihre Nicht-Beretreter aus der K.P.D. hinaus. Das ist der nächste Weg zur Einheitsfront des Klassenbewußten, revolutionären Proletariats.

Ein sozialer Roman von Iac Lond on.

25] Ihre Firma war kräftiger. Jetzt fühlen Sie den Druck der Trustvereinigungen, und Sie schreien dagegen. Sie sind eben kein Trust. Wenn Sie ein großer Trust für die Vereinigten Staaten wären, dann würden Sie ein anderes Lied singen. Und das würde lauten: „Geschrieben seien die Trusts!“ Aber ihre kleine Firma ist eben kein Trust, und Sie selbst fühlen ihren Mangel an Kraft. Sie fangen an, Ihr eigenes Ende zu ahnen. Sie und Ihre Giskalen sind nur Bauern in einem Schachspiel. Sie lehen mächtigere Geschäfte entstehen und täglich immer mächtiger werden. Sie sehen, wie deren gepanzerter Hände sich auf Ihren Profit legen, und hier und dort einen Teil davon nehmen — der Eisenbahn, der Stahl-, der Oel-, der Kohlen-, und Sie wissen, daß Sie schließlich erdrückt und daß Ihnen der letzte Cent Ihres kleinen Profits weggenommen wird. Sie sind ein armer Spieler, mein Herr. Als Sie vermöge Ihrer besseren Organisation die drei kleinen Geschäfte hier in Berkeley aufkauften, brüsteten Sie sich, sprachen von Selbstkraft und Unternehmungslust, und heu-

Ihre Frau auf den Gewinn hin, den Sie beim Verschlingen der drei kleinen Geschäfte gemacht hatten, eine Reise nach Europa unternehmen. Es ist so, ein Hund schnappt dem anderen das Fressen weg, und Sie verschlucken beides. Andererseits aber werden Sie von größeren Hunden aufgefressen, und deshalb heulen Sie. Und was ich Ihnen sage, gilt für alle hier am Tisch. Sie heulen alle. Sie fühlen alle, daß Sie das Spiel verloren haben, und deshalb heulen Sie. Aber wenn Sie heulen, legen Sie die Lage nicht so rücksichtslos klar, wie ich es tat. Sie sagen nicht, daß es Ihr Wunsch ist, von anderen Gewinne herauszuholen, und daß Sie nur darum Vorn schlagen, weil andere den von Ihnen gemachten Profit wieder aus Ihnen herauspressen. Nein, dazu sind Sie zu schlau. Sie sagen etwas anderes. Sie führen die politischen Redensarten der Kleinrentner an. So wie Herr Gebirt sie führte. Was sagt er? Ich wiederhole einige seiner Ausprüche, die ich im Gedächtnis behalten habe. „Unsere wesentlichen Grundgedanken sind richtig.“ Was dieses Land braucht, ist die Rückkehr zu den grundlegenden amerikanischen Methoden — freie Bahn für alle“, der Geist der Freiheit, in dem dieses Volk geboren wurde.“ Laßt uns zurückkehren zu den Grundfragen unserer Vorfahren.“

Wenn er sagt, „freie Bahn für alle“, dann meint er freie Bahn, um für sich Gewinn herauszupressen, was ihm jetzt durch die großen Trusts unmöglich gemacht ist. Und das Abgeschwächte dabei ist, daß Sie diese Schlagworte so oft wiederholt haben, daß Sie selbst daran glauben. Sie wollen lediglich Gese ent eit ha en in Ihrer eigenen kleinen Weise Profite zu machen, aber Sie hemänteln das, indem Sie sich selbst in den Gedanken hypnotisieren, daß Sie Freiheit verlangen. Sie sind unerschämmt und erwerbsfähig, aber der Nimbus Ihrer Phrasen verleitet Sie zu dem Wahn, daß Sie patriotisch seien. Ihre Profitgeier, die reiner Egoismus ist, geben Sie als selbstlose Besorgtheit für die duldbende Menschheit aus. Gegen Sie die Maske ab, gerade hier unter sich, und seien Sie einmal ehrlich. Sehen Sie der Sache ins Gesicht und stellen Sie sie mit aufrichtigen Worten fest.“

Sie haben viel Wahres gesagt, Herr Swartz hard, so unangenehm es auch war. Aber wir wollen uns hier unter uns aussprechen. Wir wollen alle Masken ablegen und die Wahrheit annehmen, wie Herr Swartz sie rundweg festgestellt hat. Es ist richtig, daß wir kleineren Kapitalisten hinter dem Profit her sind, und daß die Trusts uns den Gewinn wegknappen. Es ist wahr, daß wir die Trusts vernichten wollen, damit wir wieder unsere Gewinne für uns behalten können. Und warum sollen wir das nicht tun? Warum nicht? Ich frage, warum nicht? „Ah, nun kommen wir zum Kern der Sache“, sagte Ernst mit einem zufriedenen Ausdruck. „Ich will versuchen, Ihnen zu sagen, warum nicht, abgesehen meine Worte ziemlich hart sein werden! Sehen Sie, Sie haben einermachen das Geschäft studiert, aber helleise nicht die soziale Entwicklung. Sie befinden sich jetzt mitten in einem Uebergangsstadium der wirtschaftlichen Entwicklung, aber Sie verstehen diese nicht, und daher kommt all die Verwirrung. Warum Sie nicht zurückkehren werden? Weil Sie nicht können. Sie können das Wasser nicht bergauf lassen lassen und Sie können nicht verhindern, daß die Flut der wirtschaftlichen Entwicklung in den Sozial zurückdrückt, aus dem Sie gekommen.“

Zu billigsten Preisen!

erhalten Sie erstklassige Qualitäten in

Züchen, Inletts, Hemdentuch, Oxford, Schürzenstoffe,
Handfuchstoffe, Lakenleinen, Kleidernessel, Musseln, Volle,

Kostüm- und Anzugstoffen

Monteur-Jacken, Schürzen, Männer- und Frauen-Hemden,
Gardinen, Läuferstoffen, Bettfedern.

Kaufhaus zum Löwen - Haynau

Leopold Levinsohn.

Versammlungs-Kalender.

Jede Zeile unter dieser Rubrik kostet 50 Mark.

KPD Bezirksleitung: Büro u. Kasse: Breslau, Trebnitzerstr. 50. Tel. Ring 8877. Adressliste: Büro: Dörfner, Breslau, Trebnitzerstr. 50.

Breslau, Freitag, 20. April, abds. 6 Uhr, wichtige Ortsleitung im Parteibüro. Rein Durchführungsmitteln darf fehlen. Die Bezeichnung ist dazu einladen.
- Freitag, den 20. April, abds. 7 Uhr, im Parteibüro, Kasse u. Kassenbuch. Wichtigste Mitgliedsversammlung. Einladungsliste ist dabei.
- Samstag, den 21. April, abds. 7 Uhr, im Parteibüro, Kasse u. Kassenbuch. Referent und Protokoll über die Gewerkschaften.
- Sonntag, den 22. April, abds. 7 Uhr, im Parteibüro, Kasse u. Kassenbuch. Referent: Kassenbuch. Wichtigste Mitgliedsversammlung. Jedes Parteimitglied muss unbedingt erscheinen. Note für die Kasse müssen bis 19. April bei Genossen Schulmacher, Gartenstr. 15, abgegeben sein.
- Sonntag, den 22. April, nachm. 6.30 Uhr, kommen alle Genossinnen und Genossen zu einer Genossinnenversammlung im Parteibüro zu einer Versammlung. Wichtigste Mitgliedsversammlung. Jedes Parteimitglied muss unbedingt erscheinen. Note für die Kasse müssen bis 19. April bei Genossen Schulmacher, Gartenstr. 15, abgegeben sein.
- Sonntag, den 22. April, nachm. 6.30 Uhr, kommen alle Genossinnen und Genossen zu einer Genossinnenversammlung im Parteibüro zu einer Versammlung. Wichtigste Mitgliedsversammlung. Jedes Parteimitglied muss unbedingt erscheinen. Note für die Kasse müssen bis 19. April bei Genossen Schulmacher, Gartenstr. 15, abgegeben sein.

Theaterhaus.

Opernhaus. Freitag 7 1/2 Uhr. Gastspiel Karl Grünwald Der Graf von Luxemburg. Sonnabend 7 1/2 Uhr. Gastspiel Karl Grünwald Das Dreimäderlhaus. Sonntag 7 1/2 Uhr. Gastspiel Karl Grünwald Das Dreimäderlhaus.

Welcher Genosse?

(Gandhi) würde von einem alten armen Genossen ein 14jähr. unterernährtes Mädchen auf einige Wochen in gute Pflege nehmen. Gest. Antwort a. d. Geschäftsst. d. Stg.

Kaufe Gold-Silber-Platin-Bruch Zahngelbisse Uhren zu höchsten Tagespreisen **E. Beyer** Blicherstraße 15

Zeltgarten

Täglich 8 Uhr. **Robert Bertram** die lustig. Vagabunden. Groß. Polle m. Gefäng. u. Tanz in 4 Aufzügen. Vorverkauf Barack.

Matthias-Kino Matthiasstraße 38. Moltkestraße 9.

Marco der Mann der Kraft in **Lebendig begraben** 6 Akte. **Er im Seebade** Lustspiel. **Gipfel der Macht** 5 Akte.

K.S. Heute Abend 7/7 Uhr **Zusammenkunft**

KJD Bezirksleitung: Büro: Breslau, Nicolaistraße 49/50. Kasse: Breslau, Trebnitzerstr. 50.

Breslau, Freitag, abds. 7 Uhr, Sitzung im Parteibüro.
- Samstag, den 21. April, abds. 7 Uhr, im Parteibüro, Kasse u. Kassenbuch. Referent: Kassenbuch. Wichtigste Mitgliedsversammlung. Jedes Parteimitglied muss unbedingt erscheinen. Note für die Kasse müssen bis 19. April bei Genossen Schulmacher, Gartenstr. 15, abgegeben sein.
- Sonntag, den 22. April, abds. 7 Uhr, im Parteibüro, Kasse u. Kassenbuch. Referent: Kassenbuch. Wichtigste Mitgliedsversammlung. Jedes Parteimitglied muss unbedingt erscheinen. Note für die Kasse müssen bis 19. April bei Genossen Schulmacher, Gartenstr. 15, abgegeben sein.

Gewerkschaften

Breslau, Freitag, abds. 6 Uhr, im Parteibüro, Kasse u. Kassenbuch. Referent: Kassenbuch. Wichtigste Mitgliedsversammlung. Jedes Parteimitglied muss unbedingt erscheinen. Note für die Kasse müssen bis 19. April bei Genossen Schulmacher, Gartenstr. 15, abgegeben sein.

Andere Organisationen

Breslau, Arbeiter-Vereine. Sonntag, den 22. April, abds. 7.30 Uhr, im Parteibüro, Kasse u. Kassenbuch. Referent: Kassenbuch. Wichtigste Mitgliedsversammlung. Jedes Parteimitglied muss unbedingt erscheinen. Note für die Kasse müssen bis 19. April bei Genossen Schulmacher, Gartenstr. 15, abgegeben sein.

Arbeiter-Esperanto-Bund für das deutsche Sprachgebiet

Jeden Dienstag ab 7/8 Uhr abends im Gewerkschaftshaus, Margaretenstraße (Das Zimmer ist aus der Tafel zu ersehen) Zusammenkünfte, Konversation, Vorträge in Esperanto, Literatur, E.-Weltpresse vorhanden. Für die Übungen, Weiterbildungen in der Weltsprache E. stehen erstklassig, Berufslehrer zur Verfügung. Interessent, jederzeit willkommen.
Proletarier aller Länder vereinigt Euch durch Esperanto!

Druckerei-Genossenschaft „Überblick“

Am Sonntag, den 29. April 1923, nachm. 4 Uhr, im Hüttengasthaus **General-Versammlung**
Tagesordnung:
1. Geschäfts- u. Kassenbericht.
2. Neuwahl des Vorstandes.
Am Sonntag, den 29. April 1923, nachm. 2 Uhr, im Hüttengasthaus **Sitzung des Vorstandes und des Aufsichtsrates.**
Bestimmtes und pünktliches Erscheinen ist Pflicht.
Der Vorstand.

Wir liefern Drucksachen aller Art, wie Programme, Eintrittskarten, Plakate, Abzeichen **zur Maifeier** sowie zu allen Veranstaltungen unserer Ortsgruppen, der Sportvereine und anderer proletarischer Organisationen **vollständig kostenlos** aber zu Preisen, die unseren Genossen bei allen ihren Veranstaltungen in weitgehendster Weise Unterstützung garantieren!
Produktiv-Genossenschaft für die Provinz Schlesien e. G. m. b. H. / Abtl. Buchdruckerei
Breslau 10, Trebnitzer Straße 50.

Zaßle für Rohprodukte jeder Art, sowie für Makulatur, Säcke und Felle **die höchst. Tagespreise**
Genelle Kraus, Reuschstrasse 50.

Achtung Literaturfreunde! Die Stoffe **Max Hoelz** der gemeine Verbrecher ist vergiffen. Neuauflage wird vorgenommen. Bestellungen nimmt schon jetzt entgegen die **Produktiv-Genossenschaft für die Provinz Schlesien e. G. m. b. H.** Breslau, Nicolaistraße 49/50. Abtlg. Buchhandlung.

Soeben neu erschienen:

Spitzel. Aus dem Kampf der politischen Polizei. Broschüre, 61 Seiten stark, Preis 2100 M.

Das zukünftige Petrograd. Von G. Zyperowitch. Broschüre, 137 Seit. stark, Preis 2100 M.

Theorie des historischen Materialismus. Von L. Buhart. Broschüre, 372 Seit. stark, Pr. 13 000 M.

Er begehrt durch: Produktiv-Genossenschaft für die Provinz Schlesien e. G. m. b. H. Breslau, Nicolaistraße 49/50. Abteilung: Buchhandlung.

Das freie Land!

Kommunistischer Bauern-Kalender für das Jahr 1923 mit 2 Kunstbeilagen und 1 Wandkalender. Preis 200.— Mark.
Zu beziehen durch die **Produktiv-Genossenschaft für die Provinz Schlesien e. G. m. b. H.,** Abteilung Buchhandlung, Breslau, Nicolaistraße 49/50.

Taschen-Kalender der KPD. für 1923. 255 Seiten stark. Preis: 250.— Mk.
Zu beziehen durch die Produktiv-Genossenschaft f. die Prov. Schlesien. Breslau 1, Nicolaistr. 49/50. Abteilung: Buchhandlung.

Genosse! Genossin! Werbe für Dein Parteiorgan!!

Eine ganze Bibliothek für nur 2000 Mark erhalten Sie durch das **Wirtschaftliche Arbeitnehmer-Jahrbuch 1923**
Es enthält alles, was man im täglichen Leben nicht wissen darf, z. B. wichtige Rechtsregeln, Berufsausbildung, Gewerkschaftslehre, Arbeitsrecht, Erbschaftsteuer, Steuerbefreiungen, Gewerbesteuer, Arbeiterkassen, Gewerkschaften, Fabrikanten, Arbeitervereine, Arbeiterpartei (KPD), Partei, Produktion, Lohnhandel, Arbeitslosigkeit usw.)
Beim Jahrbuchlesen, in der Versammlung oder beim Streik zu Hause, bei Beratung von Kollegen, beim Einkauf eigener Interessen, bei Hilfe Ihren schenken und lösen das **Arbeitnehmer-Jahrbuch!**
Im Taschenformat gebunden. Preis 2000.— Mark.
Zu beziehen durch **Produktiv-Genossenschaft f. d. Prov. Schlesien e. G. m. b. H.** Breslau, Nicolaistr. 49/50 — Abteilung Buchhandlung.

Wo interessiert man am vorteilhaftesten? Nur in der „Schles. Arbeiter-Zeitung“